

Chemnitz, 3. Dezember 2025

Stellungnahme der Allianz für Substanz zur angekündigten Neupriorisierung der Jugendhilfe-Finanzierung in Chemnitz

Öffentlicher Druck wirkt – aber Probleme bleiben ungelöst

In den vergangenen Wochen haben hunderte Menschen in Chemnitz deutlich gemacht, dass Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe auf massiven Widerstand stoßen. Kundgebungen, Spielstraßen, künstlerische Aktionen, fachliche Stellungnahmen und öffentliche Debatten haben dazu beigetragen, dass aus ursprünglich 26 bedrohten Angeboten nun sieben werden sollen. Das zeigt: Wenn politisch wirklich nach Lösungen gesucht wird, können diese auch gefunden werden.

Gleichzeitig handelt es sich bei dem nun vorgelegten Vorschlag im Kern um eine rein fiskalische Lösung. Es wurde so lange geschoben, gedrückt und umsortiert, bis möglichst viele Projekte irgendwie in ein weiterhin deutlich zu kleines Budget passen. Eine echte besondere Priorisierung der Jugendhilfe – also zusätzliche, verbindlich abgesicherte Mittel – ist nicht erkennbar. Dass nun weniger Angebote gestrichen werden sollen, ist ein Erfolg des öffentlichen Drucks, aber keine Antwort auf unsere inhaltlichen Forderungen nach Ausbau, Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

Jugend priorisieren – Geld ist eine Frage der politischen Entscheidung

Wir fordern, dass Kinder, Jugendliche und junge Menschen, dass Kindheit und Jugend insgesamt, politisch und finanziell besonders priorisiert werden. Wenn der Oberbürgermeister fragt, wo das Geld herkommen soll, haben wir eine klare Antwort: aus allen Bereichen, von denen junge Menschen kaum oder gar nicht profitieren. Mittel können von Bund und Land eingeworben werden, von Vermögenden und Milliardär:innen, von Menschen, die ohne Arbeit reich werden – etwa durch Erbschaften in Millionenhöhe oder durch Kapitalerträge. Aber auch kommunal gibt es Spielräume: bei Grund- und Grunderwerbsteuer, bei Betten- und Gewerbesteuer, bei Einnahmen aus dem motorisierten Individualverkehr, etwa durch höhere Parkgebühren oder eine andere Priorisierung von Straßenverkehrsinfrastruktur. Überall dort wird derzeit entlastet oder geschont, während junge Menschen mit den Folgen leben müssen.

Intransparentes Verfahren und fehlende Jugendbeteiligung

Das Verfahren selbst bleibt hoch problematisch: Monatelang wurde im nicht-öffentlichen Raum verhandelt, fachliche Perspektiven spielten gegenüber der reinen Verwaltungsperspektive eine untergeordnete Rolle. Kritik aus Fachpraxis, Zivilgesellschaft und von jungen Menschen musste sich mühsam Öffentlichkeit erkämpfen. Der jetzt präsentierte Änderungsvorschlag wurde schließlich in einem kleinen, nicht öffentlichen Kreis vorgestellt und als faktisch alternativlos bezeichnet – mit dem Argument, sonst bekäme niemand Geld. Dieses Vorgehen ist sinnbildlich für eine Jugendhilfeplanung, in der die Wünsche und Bedarfe junger Menschen nicht systematisch erhoben und ernsthaft einbezogen werden, sondern Entscheidungen in möglichst kleiner Runde vorbereitet und dann als Sachzwang präsentiert werden.

Fachliche Kritik am vorgelegten Änderungsvorschlag

Auch fachlich gibt es weiterhin erhebliche Kritikpunkte. Im Stadtteil Zentrum ist aus zwei offenen Einrichtungen im letzten Jahr still und leise nur noch eine geworden – und diese startet erst im Juli 2026 und liegt außerhalb der eigentlichen Innenstadt, am Rand des Zentrums. Dabei haben junge Menschen immer wieder klar formuliert, dass sie ein

niedrigschwelliges, offenes Angebot mitten in der Innenstadt brauchen. Dieser Bedarf bleibt weiterhin unberücksichtigt.

In Hilbersdorf stand fachlich begründet ein Interessenbekundungsverfahren für die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung VIP Junior von young connections e. V. im Raum. Mit dem jetzigen Vorschlag ist dieses Verfahren vom Tisch, ein neues Angebot entsteht dort nicht. Damit werden Bedarfe, die jugendhilfeplanerisch erkannt wurden, erneut ignoriert oder verschoben.

Positiv ist auf den ersten Blick, dass ein Unterausschuss Jugendhilfeplanung endlich wieder mit mehr Fokus auf fachliche Qualität arbeiten soll. Aber: Dies ist gesetzlicher Standard, kein besonderer Fortschritt. Die Frist von nur sechs Monaten und die Begrenzung auf ein Budget, das trotz Kostensteigerungen nicht wachsen darf, machen eine nachhaltige, bedarfsorientierte Planung faktisch unmöglich. Strukturelle Veränderungen brauchen Zeit, personelle Ressourcen und ein Investitionsbudget – nichts davon ist erkennbar mitgedacht.

Kurzfristige Politik statt langfristiger Perspektive

Was wir sehen, ist vor allem kurzfristige Krisenverwaltung: öffentlicher Druck wird so weit entschärft, dass das nächste Jahr „bestmöglich“ überstanden werden kann – ohne grundlegende Weichenstellungen. Im Fokus stehen dabei in erster Linie kurzfristige haushaltspolitische und wahlstrategische Überlegungen in einer der ältesten Regionen der Europäischen Union. Eine echte Vision für ein junges Chemnitz, für langfristige Stabilität, Nachhaltigkeit und verlässliche Perspektiven für Kinder und Jugendliche bleibt weiterhin aus.

Für uns ist klar:

- Öffentlicher Druck wirkt – und muss weitergehen.
- Jugendhilfe darf nicht nur „gerettet“, sondern muss nachhaltig gestärkt werden. Jugendhilfe ist keine Verteilmasse, sondern Zukunftsinfrastruktur.
- Chemnitz braucht eine politische Entscheidung: Kindheit und Jugend verbindlich schützen und planerisch sowie strukturell in sie investieren! Perspektiven und Zukunft möglich machen, statt sie finanziell zu begrenzen!

Unsere Forderungen werden wir weiter öffentlich laut machen und wir hoffen auf breite Unterstützung. Chemnitz jung denken – damit alle hier gut alt werden können!